

3. Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

Erich Straumann, Regierungsrat



Das vierte und letzte Jahr des Regierungsprogramms 2004 – 2007 wird für die VSD ein Jahr der Weiterbearbeitung von laufenden Projekten sein.

Es wird darum gehen, den Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB), das Projekt

der Gesamterneuerung des Kantonsspitals Bruderholz und die Vorbereitung der Spitäler auf das Globalbudget weiter zu bearbeiten. Die Zusammenarbeit mit Basel-Stadt im Bereich der Spitalversorgung wird durch die Umsteuerung der Lehre und Forschung aus der Dienstleistung zur Universität und das gemeinsame Sammeln von Erfahrungen in diesem Bereich geprägt sein. Die gemeinsamen Anstrengungen, auf gesamtschweizerischer Ebene eine Lösung bezüglich interkantonaler Planung der hoch spezialisierten Medizin (Interkantonale Vereinbarung über die Koordination und Konzentration der hoch spezialisierten Medizin, IVKKM) zu finden, wird ebenso ein Thema bleiben, wie die Ausgestaltung der leistungsorientierten Finanzierung des schweizerischen Spitalwesens auf der Basis von pauschalierten Leistungseinheiten (data related groups, DRG). Zu hoffen ist, dass die unklare Situation bezüglich KVG-Revision bereinigt werden kann.

Wegen der Verzögerung der Waldgesetzesrevision auf Stufe Bund wird das Jahr 2007 auf der strategischen Ebene geprägt sein durch die Definition der Rahmenbedingungen für die Waldbewirtschaftung auf eidgenössischer und kantonaler Ebene und die Ausarbeitung von Leistungsvereinbarungen auf kantonaler Ebene zur Vorbereitung des NFA.

Das neue, per 1. Januar 2006 grundsätzlich in Kraft getretene Familienzulagengesetz entfaltet nach dem Übergangsjahr 2006 seine Wirkung in einigen wesentlichen Punkten erst ab 2007: Ab dem 1. Januar 2007 erlöschen alle Anerkennungen von GAV-Lösungen (Anschlusspflicht an eine Familienausgleichskasse) und müssen die Familienausgleichskassen über die entsprechende Anerkennung durch die VSD verfügen. Zudem gilt ab diesem Datum die Anspruchsberechtigung und die Beitragspflicht der Selbständigerwerbenden.

Das Gesetz über die Reduktion der Regulationsdichte und den Abbau der administrativen Belastung für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) vom 5. Juni 2005 beinhaltet im Wesentlichen die Schaffung einer Anlaufstelle für Unternehmen und die Überprüfung der Belastung der Unternehmen durch behördliche Vorschriften. Es wird die Direktion auch im Jahre 2007 beschäftigen. Bis Mitte des Jahres 2007 ist eine Regulierungsfolgenabschätzung vorzunehmen, um feststellen zu können, in welchem Ausmass KMU von behördlich verordneten Massnahmen betroffen sind.

Das neue Berufsbildungsgesetz (BBG) ist per 1. Januar 2004 in Kraft getreten. Es regelt gemäss Artikel 2 sämtliche Berufsbereiche ausserhalb der Hochschulen. Damit werden in diesem Gesetz neu auch die Berufe der Gesundheit, der Landwirtschaft sowie des Sozial- und Kunstbereiches geregelt. Die ersten Ausbildungen in den Gesundheitsberufen nach den Regeln des neuen BBG laufen. Die Grundbildung in den Sozialberufen wurde im Jahre 2006 neu organisiert. Offen ist damit einzig noch die Überführung der Landwirtschaftsberufe unter das neue Gesetz. Die entsprechenden Umsetzungsarbeiten sind im Jahre 2007 geplant.

* Willy Brandt

3.01 Wald

Wegen der Verzögerung der Waldgesetzesrevision auf Stufe Bund wird das Jahr 2007 auf der strategischen Ebene geprägt sein durch die Definition der Rahmenbedingungen für die Waldbewirtschaftung auf eidgenössischer und kantonaler Ebene und die Ausarbeitung von Leistungsvereinbarungen auf kantonaler Ebene zur Vorbereitung des NFA. Auf Stufe Waldeigentum wird die Vorbereitung der Holzlieferungen für das Holzkraftwerk in Basel, das im Jahr 2008 seinen Betrieb aufnehmen wird, im Vordergrund stehen.

3.01.01 Waldprogramm Basel-Landschaft und Waldpflege

Beratung Wald- und Holzwirtschaft

Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Forstbetriebe und Aktivitäten zur Förderung des Holzabsatzes werden weiterhin unterstützt. Der Aufbau leistungsfähiger, eigenwirtschaftlicher Betriebsstrukturen liegt im öffentlichen Interesse. Die Forstbetriebe sollen in der Lage sein, alle Waldfunktionen effizient und kostengünstig sicherzustellen. Der Kanton unterstützt den Strukturwandel durch die Beratungstätigkeit der Kreisforstingenieure und den Abschluss des laufenden Projektes «Strukturverbesserung». Zudem ist die kantonale Umsetzung der Förderaktivitäten des Bundes im Bereich Waldwirtschaft für die nächsten Jahre aufzugleisen.

Eng verbunden mit der Förderung eigenwirtschaftlicher Forstbetriebe ist der Absatz der produzierten Produkte. Folgende Projekte und Aktivitäten werden durch das Forstamt beider Basel in enger Zusammenarbeit mit dem Waldwirtschaftsverband beider Basel und weiteren Exponenten der Waldwirtschaft begleitet: das Holzheizkraftwerk in Basel, die Rezertifizierung der Wälder, die Machbarkeitsstudie für ein Werk zur Produktion von Pellets aus Waldholz, Projekte zur Förderung der Holznutzung im Privatwald und zur Verwendung von zertifiziertem Holz in kantonalen Bauten.

3.01.02 Gefahrenhinweiskarte

Umsetzung der in den verschiedenen bestehenden Schutzwaldprojekten geplanten Massnahmen zur Sicher- und Wiederherstellung der Schutzwirkungen vor Naturgefahren.

Nach der Genehmigung der notwendigen Landratsvorlage wird die erste Etappe der Gefahrenkarte erarbeitet. Mit der Gefahrenkarte wird die Grundlage für die raumplanerischen Massnahmen zur Prävention vor Naturgefahren für Infrastrukturanlagen und in Siedlungsgebieten geschaffen.

In Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt ist zu prüfen, wie entlang der Kantonsstrassen der Schutz vor umfallenden Bäumen verbessert werden kann.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.25 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2006/058 vom 21. Februar 2006/Landratsbeschluss noch pendent			
Total Brutto:	Fr.	4 150 000.–	(Konto 2225.318.91)
Anteil Kanton	Fr.	1 118 800.–	(Betrag provisorisch)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2006:	Fr.	50 000.–	
Budget 2007:	Fr.	250 000.–	

3.01.03 Wiederherstellungsprojekt «Lothar» und Sommertrockenheit

Landratsvorlage 2005/153 vom 31. Mai 2005, LRB 1400 vom 20. Oktober 2005		
Total:	Fr.	444 000.– (Konto 2225.362.72)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	177 000.–
Budget 2006:	Fr.	190 000.–
Budget 2007:	Fr.	73 000.–

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.073 Mio. Fr.

3.01.04 Waldschadenuntersuchung 2004 – 2008

Landratsvorlage 2005/152 vom 31. Mai 2005, LRB 1575 vom 12. Januar 2006		
Total:	Fr.	529 200.– (Konto 2225.318.93)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	221 000.–
Budget 2006:	Fr.	122 000.–
Budget 2007:	Fr.	122 000.–

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.12 Mio. Fr.

3.01.05 Schutzwaldbewirtschaftung

Wiederinstandstellungsprojekt «Röschenz – Dittingen»

Landratsvorlage 2005/169 vom 14. Juni 2005, LRB 1399 vom 20. Oktober 2005		
Total Brutto	Fr.	667 500.– (Konto 2225.362.72)
Anteil Kanton	Fr.	307 525.–

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.142 Mio. Fr.

Wiederinstandstellungsprojekt «Laufen»

Landratsvorlage 2005/170 vom 14. Juni 2005, LRB 1399 vom 20. Oktober 2005		
Total Brutto	Fr.	1 006 150.– (Konto 2225.362.72)
Anteil Kanton	Fr.	401 740.–
Total: Anteil Kanton	Fr.	709 000.– (Konto 225.372.72)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–
Budget 2006:	Fr.	135 000.–
Budget 2007:	Fr.	142 000.–

3.01.06 Leistungsvereinbarung / Stufe Bund und Waldeigentümer

Das Waldreservatskonzept beider Basel weist rund ein Viertel der Waldfläche in den beiden Kantonen als besonders wertvoll für den Arten- und Lebensraumschutz aus. Diese heutige Situation ist vor allem der naturnahen und rücksichtsvollen (Jung-)Waldpflege unserer Waldeigentümer und Forstbetriebe zu verdanken. Der Kanton Basel-Landschaft trägt zudem nationale Verantwortung für die Wald bewohnenden Vogelarten Mittelspecht und Grauspecht. Für die Umsetzung von Fördermassnahmen steht ein Verpflichtungskredit für die Abgeltung besonderer Naturschutzleistungen im Wald 2004 – 2008 zur Verfügung (LRV). Im Jahre 2007 ist in enger Zusammenarbeit mit der BUD die Berichterstattung über die bisherigen Erfolge als auch die Fortführung des Programms «Naturschutz im Wald» (2009 – 2013) sicherzustellen. Mit dem Bund und den Waldeigentümern sind entsprechende Leistungsvereinbarungen («Effor-Projekte») abzuschliessen.

3.02 Arbeit/Wirtschaft

Das Jahr 2007 steht primär im Zeichen der erfolgreichen Weiterführung der neueren Vollzugsaufträge im Gebiet der Arbeitsmarktaufsicht, d.h. der Flankierenden Massnahmen zum Freien Personenverkehr Schweiz – EU und der Bekämpfung der Schwarzarbeit.

3.02.01 Neue Leistungsvereinbarung für den Vollzug der Flankierenden Massnahmen im Bereich der tripartiten Kommissionen (TPK)

Um einen verbindlichen Vollzugauftrag für die Kantone zu erreichen, hat das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) obgenannte Leistungsvereinbarungen mit den Kantonen vorgeschlagen. Sie sollen in einer ersten Phase dem Erfahrungsgewinn dienen und vom 1. Juli 2006 bis zum 31. Dezember 2007 gelten.

Es gilt vornehmlich im 2007, die vereinbarte Kontrolltätigkeit in der Praxis zu realisieren.

Finanzielle Auswirkungen 2007: Keine wesentlichen Mehrkosten gegenüber 2006, die notwendigen Ressourcen sind bereits geschaffen worden.

3.02.02 Schwarzarbeit

Per 1. Januar 2007 tritt aller Voraussicht nach das neue Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA) mit (evtl. Teilen) der zugehörigen Verordnung in Kraft. Das BGSA bringt eine griffigere Rechtsgrundlage für die Schwarzarbeitsbekämpfung durch das KIGA.

Die zwei Inspektoren des KIGA werden seit 2004/2005 vom Vollzug der Flankierenden Massnahmen stark in Anspruch genommen. Um die Schwarzarbeitsbekämpfung gemäss BGSA weiterhin wirksam vornehmen zu können, ist die Anstellung eines/r dritten Inspektors/in unumgänglich.

Im Weiteren verlangt das BGSA nach einem Einführungsgesetz in den Kantonen. Ein entsprechender Entwurf soll dem Landrat 2007 vorgelegt werden.

Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.1 Mio. Fr. Mehrkosten. Davon sollten vom Bund 50% rückerstattet werden.

Landratsvorlage Kantones Einführungsgesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit

3.02.04 Familienzulagen

Das neue, per 1. Januar 2006 grundsätzlich in Kraft getretene Familienzulagengesetz entfaltet nach dem Übergangsjahr 2006 seine Wirkung in einigen wesentlichen Punkten erst ab 2007: Ab dem 1. Januar 2007 erlöschen alle Anerkennungen von GAV-Lösungen (Anschlusspflicht an eine Familienausgleichskasse) und müssen die Familienausgleichskassen über die entsprechende Anerkennung durch die VSD verfügen. Zudem gilt ab diesem Datum die Anspruchsberechtigung und die Beitragspflicht der Selbständigerwerbenden.

Es gilt, die Einhaltung dieser Neuerungen durch die Zentrale Aufsichtskommission für Familienzulagen, deren Sekretariat im KIGA angesiedelt ist, zu beaufsichtigen und zu begleiten.

3.03 Landwirtschaft

Die Anpassung der landwirtschaftlichen Ausbildung an das Bundesgesetz über die Berufsbildung wird weitergehen. Die GAP-Massnahmen werden sukzessive umgesetzt, so dass der Prozess Ende 2007 abgeschlossen ist. Dies betrifft insbesondere die Tierzucht und das Personal. Zusammen mit den Nachbarkantonen werden Arbeitsteilungen geprüft.

3.03.01 Aus- und Weiterbildung

Die landwirtschaftliche Ausbildung wird den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Berufsbildung angepasst.

Die Fachstelle Hauswirtschaft wird, im Lichte der leider oft fehl- und überernährten Erwachsenen und Kinder, das Thema der ausgewogenen Ernährung verstärkt bearbeiten. Dies geschieht in Absprache mit der Gesundheitsförderung Basel-Landschaft und der Lehrerfortbildung der BKSD.

3.03.02 Umschuldung von Betrieben

Es besteht weiterhin ein Umschuldungsbedarf. Die Kreditbegehren kommen jedoch fallweise. Sobald fünf Kredite gewährt werden müssen, sind die verfügbaren Mittel aufgebraucht, und es sind neue Bundesmittel erforderlich, die nur mit einer kantonalen Gegenleistung erhältlich sind. Deshalb sind für das Jahr 2007 200 000 Franken zur Auslösung von Bundesmitteln vorzusehen (im Budget enthalten).

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.2 Mio. Fr.

3.03.03 Ökologischer Ausgleich

Das Programm für den ökologischen Ausgleich in der Landwirtschaft wird von externen Fachleuten mit speziellen naturschutzfachlichen Erfolgskontrollen begleitet.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.018 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2003/292, Verpflichtungskredit 2004 – 2007 LRB 2003/437

Total:	Fr.	19 250 000.–	
Teil LZE	Fr.	50 000.–	(Konto 2240.318.20)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	32 135.35	
Budget 2006:	Fr.	18 000.–	
Budget 2007:	Fr.	18 000.–	

3.03.04 Konkordat Hochschule Wädenswil

Gemäss Beschluss des Konkordatsrates wird das Konkordat für die Hochschule und das Berufsbildungszentrum Wädenswil per Ende 2006 aufgelöst. Die Schulen werden dem Kanton Zürich übergeben.

Innerhalb des Kantons geht die Zuständigkeit am 1. Januar 2007 von der VSD an die BKSD über.

Finanzielle Auswirkungen
2007: - 0.2 Mio. Fr.

3.04 **Rheinhäfen des Kantons Basel-Landschaft**

Die Rheinhäfen beider Basel werden zu einem selbständigen Unternehmen öffentlichen Rechts zusammengelegt. Rahmenbedingungen und Hafeninfrastruktur für den trimodalen Güterverkehr (Wasser/Schiene/Strasse) werden kontinuierlich und nachhaltig verbessert.

3.04.01 **Fusion und Verselbständigung der Rheinhäfen beider Basel**

Im Rahmen eines partnerschaftlichen Geschäftes BL/BS wird die Zusammenlegung und die Verselbständigung der Rheinhäfen beider Basel mit der Überführung in ein Unternehmen öffentlichen Rechts realisiert.

Den beiden Kantonsparlamenten wird im Jahre 2006 eine entsprechende Vorlage in Form eines Staatsvertrages unterbreitet. Die neue Unternehmung wird voraussichtlich per 1. Januar 2008 die Tätigkeit aufnehmen können.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Überführungskosten
gemäss Businessplan

3.04.02 **Verbesserung der Hafeninfrastruktur**

Die Konzessionierte Hafenbahn Basel-Landschaft (HBL) soll zur Beseitigung von Engpässen in der Bahninfrastruktur infolge der Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene mit einer Anbindung über das Areal Schweizerhalle zum Güterbahnhof Basel/Muttenz erschlossen werden (Ringanbindung). Für die Planung und Projektierung ist die BUD zuständig.

3.05 **Vermessung: Geographisches Informationssystem (GIS) / Amtliche Vermessung (AV 93)**

Grössere Wertschöpfung durch einen verbesserten Zugang auf Geoinformationen sowie Automatisierung der Geschäftsprozesse. Der Aufbau des geographischen Informationssystems (GIS) in der kantonalen Verwaltung und in den Gemeinden hat die Zielsetzung, den Zugang zu Geoinformationen zu verbessern und die Verfahrensabläufe in den behördlichen Stellen zu beschleunigen und zu vereinfachen. Im Weiteren sollen verbesserte Grundlagen für politische Entscheide geschaffen werden. Ziel ist eine optimale Wertschöpfung aus den vorhandenen Geoinformationen durch Kanton, Gemeinden und Private.

Umsetzung neue Amtliche Vermessung 93 (AV93) im Zeitraum von 1995 – 2015 und in drei zeitlich sich folgenden Etappen. Aktuell ist die vom Landrat 2001 beschlossene 2. Etappe AV93 2002 – 2008 (LRB 2001/022) am Laufen. Aufgrund einer beschlossenen GAP-Massnahme mit reduziertem jährlichem Kredit wird sich die Frist auf ca. 2010 verlängern. Die 3. Etappe soll anschliessend das Projekt bis 2017 abschliessen.

3.05.01 Weitere Umsetzung des Landratsbeschlusses GIS

Realisierung der Gebäude-Datenbank, Bereitstellung des Auskunftssystems über die Geoinformationen (Meta-Informationssystem); Datenabgabe über Internet; Kostengünstige Realisierung einfacher GIS-Projekte in der Umgebung des Parzellen-Informationssystems (PAR-ZIS); Integration bestehender Geländedaten und weiterer Datenebenen in das Geo Data Warehouse; Realisierung von GIS-Projekten in den Dienststellen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahrensabläufen und zur Schaffung von verbesserten Grundlagen für politische Entscheide im Sektor «Grund und Boden».

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.261 Mio.Fr.

Landratsvorlage 2000/091, Verpflichtungskredit LRB 2001/1013 GIS		
Total:	Fr.	2 800 000.– (Kontengruppe 3)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	1 126 787.–
Budget 2006:	Fr.	295 500.–
Budget 2007:	Fr.	261 000.–

3.05.02 Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93)

Das vorgesehene Jahresprogramm 2007 ist betroffen von der Mitteilung der Eidgenössischen Vermessungsdirektion, dass 2007 keine neuen Verpflichtungen eingegangen werden dürfen. Der verfügbare Kredit wird für die Tilgung aller eingegangenen Verpflichtungen bis und mit 2006 verwendet im Vorfeld des Inkrafttretens der NEA auf das Jahr 2008.

Finanzielle Auswirkungen
2007:
0.527 Mio. Fr. brutto
0.169 Mio. Fr. netto

Landratsvorlage 2001/022, Verpflichtungskredit 2001 – 2008 LRB 1281/01		
Total:	Fr.	13 100 000.– Konto 2230.319.90–3
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	5 107 623.– brutto
	Fr.	2 275 235.– netto
Budget 2006:	Fr.	1 137 400.–
Budget 2007:	Fr.	527 000.–
Zugehörige Ertragskonti:		
Konto 2230.460.00-3, Budget 2006:	Fr.	143 273.–
Konto 2230.462.10-2, Budget 2006:	Fr.	518 095.–
Konto 2230.460.00-3, Budget 2007:	Fr.	105 000.–
Konto 2230.462.10-2, Budget 2007:	Fr.	253 000.–

3.06 Melioration (Bodenverbesserung)

Verbesserung der Produktionsgrundlagen in der Landwirtschaft. Senkung der Produktionskosten, insbesondere der fixen Kosten der Landwirtschaftsbetriebe. Förderung von Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen.

Bei den angegebenen Massnahmen handelt es sich schwergewichtig um die Weiterführung der Arbeiten in der Felderregulierung Roggenburg (Gesamtmelioration) sowie um die Fertigstellung und die Abrechnung begonnener Werke, die vom Regierungsrat beschlossen wurden (Verpflichtungen).

3.06.01 Fertigstellung der bewilligten Meliorationsprojekte

Konto 2230.364.00-1			
Verpflichtungskredite gemäss Beschlüssen Regierungsrat:			
Budget 2004:	Fr.	350 000.–	
Rechnung	Fr.	470 156.–	
Budget 2005:	Fr.	350 000.–	
Rechnung	Fr. ca.	476 000.–	
Budget 2006:	Fr.	481 000.–	
Rechnung	Fr. ca.	480 000.–	
Budget 2007:	Fr.	480 000.–	
Zur Information:			
zugehörige Konti Bundesbeitrag (durchlaufender Bundesbeitrag)			
Konto 2230.374.00-1, Budget 2007:	Fr.	360 000.–	
Konto 2230.470.00-1, Budget 2007:	Fr.	360 000.–	

Finanzielle Auswirkungen
2007: Förderbeitrag von
0.48 Mio. Fr.

3.07 Gesundheitsförderung

Weiterarbeit an der Umsetzung des Rahmenkonzeptes 2006 – 2010 der Gesundheitsförderung.

3.07.01 Gesundheitsförderung und Suchtprävention

Fortführung der Leistungsaufträge an die Aids-Hilfe beider Basel (AHbB) und an den Verein Frau Sucht Gesundheit (FSG).

Finanzielle Auswirkungen
2007: Jahresbeitrag
für beide Institutionen
max. 0.247 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2006/023 vom 24. Januar 2006, LRB 1717 vom 23. März 2006, Verpflichtungskredit 2006 – 2009			
Total	Fr.	988 000.–	Konto 2207.365.50.100
Budget 2006:	Fr.	157 000.–	für AHbB, max. Fr. 90 000.– für FSG
Budget 2007:	Fr.	157 000.–	für AHbB, max. Fr. 90 000.– für FSG

3.07.02 Schwangerschaftsberatung

Fortführung der Leistungsvereinbarung in Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Beratung.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Jahresbeitrag 2007
0.2 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2005/247 vom 20. September 2005, LRB 1533
vom 14. Dezember 2005, Verpflichtungskredit 2005 – 2008

Total:		Fr.	800 000.–
Rechnung 2005	Konto 2202.365.40.200:	Fr.	200 000.–
Budget 2006	Konto 2207.365.50.000:	Fr.	200 000.–
Budget 2007	Konto 2207.365.50.000:	Fr.	200 000.–

3.08 Gesundheitswesen: Spitalplanung BL/BS, Teilrevision des KVG

Fortsetzung der gemeinsamen Spitalplanungsarbeiten mit dem Kanton Basel-Stadt und Realisierung der im Bericht zur Spitalversorgung Basel-Landschaft und Basel-Stadt vorgegebenen Ziele. Fortsetzung der Vorbereitungen zur Einführung des Globalbudgets in den Baselbieter Spitälern per 1. Januar 2008. Fortsetzung der Planungsarbeiten im Hinblick auf die Gesamterneuerung des Kantonsspitals Bruderholz. Fortsetzung der Arbeiten im Zusammenhang mit dem Neubau des Universitäts-Kinderospitals beider Basel (UKBB). Beobachtung der Entwicklung bezüglich KVG-Revision auf Bundesstufe und Initiierung der entsprechenden Umsetzungsarbeiten auf kantonaler Ebene.

3.08.07 Einführung Globalbudgets in den BL-Spitälern (Projekt GLOBAL)

Das Volk hat am 25. September 2005 der Einführung von Globalbudgets an den öffentlichen Spitälern im Kanton Basel-Landschaft zugestimmt. Im Rahmen des Projektes GLOBAL sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Globalbudgets per 1. Januar 2008 erfolgreich eingeführt werden können. Dazu gehört die Bereitstellung von adäquaten rechtlichen, organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen, um die Spitäler via leistungsbasiertem Globalbudget steuern zu können, und die Anpassung der Kaderarzt-Verträge.

3.09 Kantonsspital Bruderholz (KSB)

Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und der Konkurrenzfähigkeit des KSB bis zum Abschluss des Neu- und Umbaus.

3.09.01 Gebäudesanierung / Sicherheit / Teilsanierung der technischen Basisinfrastruktur

Realisierung der vom Landrat bewilligten Sanierungsmassnahmen (SM2) zur Sicherstellung des laufenden Betriebes durch Reparatur- und Sanierungsarbeiten in enger Zusammenarbeit mit der BUD. Die entsprechende Vorlage wird dem Landrat durch die BUD voraussichtlich in der 2. Jahreshälfte 2006 unterbreitet.

3.09.03 Informatik/Schrittweiser Ausbau der elektronischen Patientenakte

Ausbau der elektronischen Patientenakte: Beginn der Realisierung eines universellen Archives für sämtliche Daten (Bilder, Berichte, Messwerte etc.).

3.09.07 Patientenzufriedenheit

Verbesserung der Patientenzufriedenheit auf der Basis der Patientenbefragung 2006. Voraussichtlicher Schwerpunkt: Information der Patientinnen und Patienten.

3.09.08 Optimierung der Betriebsabläufe

Konsolidierung der integrierten Terminplanung im Operationssaal und Optimierung der Nutzung der Säle über bereits im 2006 getroffene organisatorische Massnahmen. Es wurde ein OP-Manager benannt. Verkürzung der Wartezeiten auf der Notfallstation.

3.09.09 Verfeinern von (Patienten-)Management-Systemen

Ausbau und Umsetzung der Konzeption aus dem Jahr 2006 zur Kostenträgerrechnung (koordiniertes Projekt REKOLE). Berechnung von Fallpreispauschalen auf der Basis vorhandener Gruppierungssystematiken. Vorbereitung eines internen Case-Management-Systems zur Steuerung von Patientenbehandlungen.

3.10 Kantonsspital Liestal (KSL)

Klinikreorganisation im Bereich der Geburtshilfe an der Frauenklinik; Ausbau der Kostenrechnung (Projekt REKOLE); Sanierung von haustechnischen Anlagen im Behandlungstrakt in Verbindung mit der Behebung der betrieblichen Engpässe im Bereich der Notfallstation KSL.

3.10.04 Ausbau der Kostenrechnung (Projekt REKOLE)

Weiterer Ausbau der Kostenrechnung und Anpassung der Strukturen zur Einführung von REKOLE (gesamtschweizerisch revidierte Kosten- und Leistungsrechnung der Spitäler).

3.10.06 Sanierung von haustechnischen Anlagen; Behebung der betrieblichen Engpässe im Bereich der Notfallstation

Mit der dringend notwendigen Verbesserung der Situation im Notfallbereich (Notfallstation) in Verbindung mit der Sanierung der haustechnischen Anlagen im Behandlungstrakt, die im Projekt KSL 95 nicht berücksichtigt waren, werden die bestehenden betrieblichen Engpässe in einem zentralen Behandlungssegment behoben. Die haustechnischen Anlagen (Erstellungsjahr 1981) bedürfen alleine vom Alter her dringend einer Sanierung bzw. eines Ersatzes. Detaillierung des Vorhabens in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt / BUD im Hinblick auf eine entsprechende Landratsvorlage.

3.12 Zentralwäscherei Liestal (ZWL)

Optimierte Wäscheversorgung für die Baselbieter Spitäler.

3.12.01 Massnahmen zur Effizienzsteigerung

Mit einem einheitlichen Wäscheversorgungskonzept, einem koordinierten Einkauf und einer optimierten Bewirtschaftung und Verteilung durch die ZWL sollen schrittweise Kosteneinsparungen für die einzelnen Betriebe realisiert werden.

Zielsetzung für 2007: Erfüllung der GAP-Vorgabe.

Finanzielle Auswirkungen
2007: - 0.1 Mio. Fr.
(Ergebnisverbesserung
für die Spitäler gegenüber
2006)

3.13 Kantonsspital Laufen (KSLa)

Inbetriebnahme der erneuerten Radiologie; Planerische Erarbeitung der Sanierung des Westtraktes/Erneuerung der Operationssäle; Repositionierung der FHK und Geburtshilfe; Verbesserung des Patientenmanagements; Ausbau und Umsetzung der Konzeption aus dem Jahr 2006 zur Kostenträgerrechnung (koordiniertes Projekt REKOLE).

3.13.01 Sicherstellung der Grundversorgung

Teil Radiologie

Die entsprechende Landratsvorlage soll im 2. Semester 2006 vorliegen und im Jahr 2007 ist die erneuerte Radiologie betrieblich umzusetzen. Der Ersatz der 19 Jahre alten Anlage ist unumgänglich, die Ergänzung mit einer kleinen CT-Anlage aus medizinischer und aus betriebswirtschaftlicher Sicht sinnvoll und nötig.

Teil Sanierung Westtrakt/Erneuerung Operationssäle

Das Vorhaben musste infolge der grossen Anpassungen an die Veränderungen nach der Schliessung von Breitenbach vorerst zurückgestellt werden.

Der Westtrakt weist erheblichen Sanierungsbedarf auf und die in diesem Trakt untergebrachten Operationssäle wurden zwar immer à jour gehalten, entsprechen aber nicht mehr den einschlägigen Vorgaben und sollten auch aus Platzgründen abgelöst werden. Detaillierung des Vorhabens in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt / BUD im Hinblick auf eine entsprechende Landratsvorlage.

3.13.03 Repositionierung der FHK und Geburtshilfe

Nach Abschluss der Reorganisation der Abteilung FHK und Geburtshilfe im Jahre 2006 ist dieser gesetzliche Auftrag des KSLa im Einzugsgebiet bei Hausärzten und Patientinnen neu zu positionieren.

3.13.04 Verbesserung des Patientenmanagements

Es werden Verbesserungen in diesen Bereichen angestrebt mit einer Verstärkung der Dispositionssysteme (OP- und Sprechstundenplanung), der Dokumentationssysteme und der Kostenkontrolle (Kostenträgerrechnung, REKOLE).

3.13.05 Vorbereitung der leistungsorientierten Finanzierung (Abgeltungsmodell DRG)

Fachliche, personelle und systemische Vorbereitung auf den Wechsel zum Abgeltungsmodell DRG.

3.14 Kantonale Psychiatrische Dienste (KPD)

Umsetzung der Folgeplanung II im Bereich Alterspsychiatrischer Dienst; Zusammenarbeit der Drogenberatung Baselland mit den Basellandschaftlichen Beratungsstellen für Alkohol- und andere Suchtprobleme; Ausarbeiten der zur Einführung des Globalbudgets notwendigen Massnahmen, Etablierung der Balanced Scorecard.

3.14.01 Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Baselland

Alterspsychiatrischer Dienst

Detaillierung des Vorhabens in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt / BUD im Hinblick auf eine entsprechende Landratsvorlage. Nach Verabschiedung der Landratsvorlage für die Schaffung eines Alterspsychiatrischen Dienstes an den Kantonalen Psychiatrischen Diensten wird das Projekt in Angriff genommen.

3.14.04 Drogenberatung Baselland

Klärung der Frage der zukünftigen Kooperation oder der Integration zwischen der Drogenberatung Baselland und den Basellandschaftlichen Beratungsstellen für Alkohol- und andere Suchtprobleme (BfA) sowie allenfalls Einleitung der dafür notwendigen Schritte.

3.14.05 Balanced Scorecard (BSC)

Etablierung der Balanced Scorecard als zentrales und wirkungsvolles KPD-Führungs-, Planungs- und Steuerungsinstrument.
